

# Geisterfahrt

## Bilanz nach drei Jahren hessischer Inklusionspolitik

von Johannes Batton

In den Monaten vor Ende des Schuljahres fühlte sich Herr Müller (sein richtiger Name ist der Redaktion bekannt) oft an seiner Belastungsgrenze. Herr Müller ist Förderschullehrer an einer Förderschule und mit einem Großteil seiner Stunden im Rahmen des inklusiven Unterrichts für ein Beratungs- und Förderzentrum (BFZ) tätig. Seit dem Frühjahr musste er, wie die meisten anderen BFZ-Kräfte auch, viel Zeit in die Vorbereitung des neuen Schuljahres investieren.

### Herr Müller zweifelt an seinem Tun

Unter anderem hatte er etliche Förderausschüsse an einer Gesamtschule zu leiten. Jeder Förderausschuss muss sorgfältig vorbereitet werden, denn auf der Grundlage seiner Empfehlung entscheidet die Schulleiterin der allgemeinen Schule über „Art, Umfang und Organisation der sonderpädagogischen Förderung“ eines Kindes. Dementsprechend hat Herr Müller auch in diesem Jahr wieder ungezählte Stunden für die Vorbereitung und Durchführung seiner Förderausschüsse aufgewandt. Eine einzige Verfahrensakte kann, da die Kinder den Leitern der Förderausschüsse oft nicht bekannt sind, allein mehrere Stunden in Anspruch nehmen. Weiterhin sind vorab Gespräche mit Schulleitungen zu führen und runde Tische zu organisieren. Mindestens 60 Minuten dauert nach der Erfahrung von Herrn Müller die Sitzung des Förderausschusses, 90 Minuten, wenn ein runder Tisch vorgeschaltet wird. Danach sind die Ergebnisse zu protokollieren und weiterzuverarbeiten.

Dieser hohe Arbeitsaufwand steht in krassem Gegensatz zu dem „Ertrag“. Deshalb plagten Herrn Müller auch immer wieder Zweifel an der Sinnhaftigkeit seines Tuns:

An der Gesamtschule, für die Herr Müller zuständig ist, wurden zur Vorbereitung auf

das neue Schuljahr 15 Förderausschüsse eingerichtet, obwohl für die sonderpädagogische Förderung dieser 15 Kinder in der inklusiven Beschulung für das neue Schuljahr ganze drei Stunden zur Verfügung stehen. Wohlgedacht für alle 15 Kinder zusammen! Das sind weniger als zehn Minuten für jedes Kind, unabhängig von den Ressourcen, die die Expertinnen und Experten in ihren Berichten und Beratungen gefordert haben, damit diese Kinder eine Chance in der Regelschule haben.

Mit der Änderung des Hessischen Schulgesetzes von 2011 und der 2012 folgenden Verordnung über Unterricht, Erziehung und sonderpädagogische Förderung von Schülerinnen und

**Herrn Müller plagten immer wieder Zweifel an der Sinnhaftigkeit seines Tuns**

Schülern mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen (VOSB) sollte der Startschuss zur Umsetzung des Rechts auf inklusive Beschulung nach der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) fallen. Drei Jahre danach ist die Situation durch einen dramatischen Ressourcenmangel geprägt. Um den Mangel zu verschleiern, hat das Hessische Kultusministerium (HKM) inzwischen verfügt, dass Förderausschüsse – von wenigen Ausnahmen abgesehen – erst ab Klasse 3 eingerichtet werden dürfen. Angesichts des eklatanten Ressourcenmangels können die verbleibenden Förderausschüsse nur noch beraten, ob die Schule versuchen soll, ein Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf auch ohne die nötige zusätzliche sonderpädagogische Unterstützung aufzunehmen und zu unterrichten. Da sich Förderausschüsse oft schweren Herzens auf eine solche Empfehlung einigen, feiert das HKM in Pressemitteilungen die „einstimmigen Voten“ als Erfolg seiner Politik. **Hauptsache, es entsteht kein öffentlicher Konflikt, der den schönen Schein einer erfolgreichen Inklusion trüben könnte!** Dass nur wenige Förderausschüsse mit einer Zuweisung zur Förderschule enden, kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die versuchsweise Aufnahme in die Regelschule oft zu einem späteren Zeitpunkt an der miserablen personellen Ausstattung scheitert und viele Kinder schließlich doch noch die Regelschule verlassen, weil Eltern und Lehrkräfte resignieren.

### **Schülerzahlen an Förderschulen**

Die Förderschule von Herrn Müller liegt in einer Region mit seit Jahren rückläufiger Schülerzahl. Dementsprechend wurde auch diese Schule zu Zeiten des Gemeinsamen Unterrichts (GU) immer kleiner. Das hat sich mit der „Inklusion“ geändert. Während alle allgemeinen Schulen im Umfeld schrumpften, stiegen die Schülerzahlen an Herrn Müllers Förderschule wieder an, mittlerweile um mehr als 20 Prozent.

**Während alle allgemeinen Schulen im Umfeld schrumpften, stiegen die Schülerzahlen an Herrn Müllers Förderschule wieder an**

Wie sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler hessenweit und an jeder einzelnen Förderschule entwickelt, wollte der Abgeordnete Christoph Degen (SPD) in einer kleinen Landtagsanfrage wissen. Leider sah sich der Kultusministers in seiner Antwort vom 20. März 2015 (!) nicht in der Lage, Schülerzahlen für das laufende Schuljahr zu nennen. Dafür wusste er zu berichten, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den hessischen Förderschulen

len im Schuljahr 2013/14 im Vergleich zum Vorjahr in absoluten Zahlen leicht zurück gegangen war. Der prozentuale Rückgang lag jedoch weit unter dem Rückgang der Gesamtschülerzahl in den allgemeinen Schulen.

Hier deutet sich der GAU der hessischen Bildungspolitik an, die sich die Inklusion und damit die Vermeidung von Ausgrenzung auf die Fahnen schreibt, der GAU einer ansteigenden Exklusionsquote. Ich erwarte einen weiteren Anstieg der Exklusionsquote schon allein auf Grund der Tatsache, dass die personellen Ressourcen im Jahr 1 der Inklusion, im Schuljahr 2012/13, noch vergleichsweise gut waren. Damals wurden oft bereits in einem Schuljahr alle einer Schule für die inklusive Beschulung zustehenden Förderschullehrerstunden an einzelne Kinder vergeben, so dass für die folgenden Jahrgänge nur wenige oder gar keine Stunden übrig blieben. Die Situation hat sich in den Schuljahren 2013/14 und 2014/15 also deutlich verschärft. Dies, so meine These, dürfte zu einem weiteren Anwachsen der Schülerzahlen in den Förderschulen führen.

**Hier deutet sich der GAU der hessischen Bildungspolitik an: der GAU einer ansteigenden Exklusionsquote**

### **Minister sieht sich auf einem guten Weg**

Auch wenn das HKM sieben Monate nach Beginn des Schuljahres nicht in der Lage war, die Schülerzahlen der Förderschulen aufzulisten, so wusste es doch andere Zahlen zu nennen, die den Erfolg des eingeschlagenen Wegs dokumentieren sollten:

*„Hessen kommt auf seinem Weg der inklusiven Beschulung sehr gut voran. Im Vergleich zum Vorjahr werden (...) 13,7% mehr Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf neu an allgemeinen Schulen unterrichtet.“ (Pressemeldung von 15. 4.2015).*

Nicht nur, dass der Minister hier gegen ein zentrales Postulat der Inklusion, die Vermeidung von Etikettierung, verstößt, seine Zahlen dokumentieren auch das Gegenteil des verkündeten Fortschritts: Die Exklusionsquote bleibt unverändert stabil oder wächst sogar und gleichzeitig steigt die Zahl von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Regelschulen. Hessens Inklusion produziert Behinderung!

**Hessens Inklusion produziert Behinderung!**

Auf kaum einem anderen bildungspolitischen Feld dürften in den letzten Jahren so viele Briefe und Resolutionen verfasst worden sein wie auf dem Feld der schulischen Inklusion. Vor allem Lehrkräfte brachten in zahllosen Schreiben an das Ministerium ihre Kritik an der mangelnden personellen Ausstattung der sonderpädagogischen Förderung zum Ausdruck und beschrieben deren Konsequenzen für die alltägliche Praxis in den Schulen, für die ihnen

anvertrauten Kinder und die damit verbundenen Nöte. Sie beklagten, dass der auf wenige Stunden in der Woche begrenzte und häufig sogar noch auf mehrere Schulen verteilte Einsatz der BFZ-Kräfte unwirksam ist, alle Beteiligten zerreißt und den Schülerinnen und Schüler nichts nützt. Gefordert wurde eine Verkleinerung der Klassen, die feste Zuweisung einer Frderschullehrerstelle pro dreizgigem Jahrgang, die Ermöglichung einer verlässlichen und kontinuierlichen Teamarbeit und anderes mehr.

### **Der Kaiser ist nackt**

All diese Schreiben haben bisher nichts bewirkt, es ist noch nicht einmal erkennbar, dass sich das HKM daran macht, das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Ziel umzusetzen, Frderschullehrkrfte bei inklusiver Beschulung wieder fest dem Kollegium der allgemeinen Schule zuzuordnen. Statt die Briefe zu beantworten, macht der Minister Öffentlichkeitsarbeit, informierte sich in der Diesterwegschule in Wiesbaden oder in der Erich-Kstner-Schule in Darmstadt-Kranichstein „ber Stand und Fortschritt der inklusiven Beschulung in Hessen“. Des Kaisers neue Kleider lassen gren.

In seiner Pressemitteilung vom 9. Februar 2015 zum Besuch an der Diesterwegschule lobte der Minister die „jahrzehntelang gewachsenen Strukturen des Gemeinsamen Unterrichts“.

Auch wir sind stolz auf den Gemeinsamen Unterricht (GU) und die in den letzten 30 Jahren entwickelten bewährten Strukturen, doch sie sind gerade nicht der Ausgangspunkt „für die Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung“, wie der Minister zy-

**Der Gemeinsame Unterricht  
wurde nicht fortentwickelt,  
sondern zerstört**

nisch behauptet. Das Gegenteil ist der Fall: Der GU wurde nicht fortentwickelt, sondern zerstört, seine guten Standards der personellen Versorgung wurden geschleift, die kleineren Klassen abgeschafft. Allein mit der Streichung der Obergrenzen für GU-Klassen von 23 Schülerinnen und Schülern in der Sekundarstufe I und 20 in der Grundschule wurden 350 Stellen eingespart.

Für das neue Schuljahr werden medienwirksam ein paar zusätzliche Stellen für die Inklusion zur Verfügung gestellt. Doch wir wissen, wo sie weggenommen wurden: Sie kamen aus der Kürzung der Förderstunden in den Grundschulen.



*Anhang:*

### **Bildungsgipfel: Kein Fortschritt bei Inklusion**

Beim Bildungsgipfel in Hessen befasste sich die Arbeitsgruppe 3 intensiv mit den Perspektiven der individuellen Förderung und der Inklusion. Bitter enttäuscht zeigten sich dabei die

Vertreterinnen und Vertreter der GEW, des Landeselternbeirats, der Landesschülervertretung, des Vereins Gemeinsam Leben und der Fraktionen von SPD und Linken. Am Ende der Beratungen zogen sie in einer gemeinsamen Erklärung eine negative Bilanz: Die vom HKM als Ergebnis der Arbeitsgruppe 3 formulierten Aussagen zur Zukunft des Inklusiven Unterrichts seien „nicht geeignet, die Zielsetzung des Bildungsgipfels zu erfüllen, Verlässlichkeit, Planungssicherheit und Kontinuität für alle in Hessen an Schule Beteiligten für die nächsten zehn Jahre zu schaffen“. Insbesondere seien sie nicht geeignet, „konsequente Schritte auf dem Weg zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) zu gehen, wie wir sie vom Bildungsgipfel erhofften und durch unsere intensive Mitarbeit in der Arbeitsgruppe voranbringen wollten.“

*Harald Freiling, Redakteur der HLZ*

*Den vollständigen Wortlaut der Erklärung findet man auf der Homepage der GEW Hessen:  
[www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Aktuell > Themen > Bildungsgipfel*

#### **Über den Autor**

Johannes Batton (\*1954), Diplompädagoge, Förderschullehrer an der Grundschule Bad Sooden-Allendorf in Nordhessen, Kreisvorsitzender des GEW-KV Witzenhausen und GEW-Bezirksvorsitzender Nordhessen.

16 Jahre Unterrichtserfahrung im Gemeinsamen Unterricht (GU).

Drehte im Jahr 1992 im Auftrag des Hess. Kultusministers zusammen mit der Grundschulkollegin Sigi Gundlach den Film: Eine Schule für alle - Gemeinsamer Unterricht - wie geht das?

#### **Kontakt**

[batton-kassel@gmx.de](mailto:batton-kassel@gmx.de)

→ **[Weitere Aufsätze von Johannes Batton im Magazin AUSWEGE](#)**

---

**AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag**  
Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht  
[www.magazin-auswege.de](http://www.magazin-auswege.de)  
[antwort.auswege@gmail.com](mailto:antwort.auswege@gmail.com)